

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinrich Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abend-Ausgabe.

Zur Wahlbewegung in Pommern.

Stettin, 14. Juni.

Regeln für die Wähler!

Niemand, der wahlberechtigt ist, verläßt ohne sein Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Wahlberechtigt ist jeder in Stettin wohnhafte Mann, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und in der Wahlliste verzeichnet ist. Jeder Wähler gehe so früh als möglich zur Wahl und suche auch seine Freunde zu bewegen, daß dieselben schon früh ihre Stimme abgeben. Jeder folge bei Abgabe der Stimme seiner eigenen Überzeugung und lasse sich nicht durch hochtönige Phrasen irreführen.

Jeder beachte, daß nach dem Urtheil militärischer Sachverständiger die Vermehrung des Heeres zur Sicherheit unseres Vaterlandes und zur Erhaltung des Friedens unbedingt erforderlich ist. Jeder wähle daher nur einen Kandidaten, der versprochen hat, für die Militärvorlage einzutreten.

Ungültig sind Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind, welche keinen lesbaren Namen enthalten, oder auf welche mehr als ein Name steht.

Ein Zettel mit einfachem Namen (ohne Vornamen oder Wohnort) ist gültig zu erachten, sofern er auf einen der bekannten Kandidaten lautet. Zettel, auf welchem ein gedruckter oder geschriebener Name durchstrichen und ein anderer Name dafür hingeschrieben ist, rechnen für den Namen des letzteren als gültig.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die „Pomm. Reichspost.“ bringt in ihrer heutigen Nummer ein Eingekauft: „Die Gastwirth und die Wehrpflicht“, in welchem es u. A. heißt:

„Gerade die Gastwirthe haben das allergrößte Interesse daran, daß die Wehrfrage bald glücklich gelöst werde. Es giebt wenig Berufsarten, die so wie das Schank- und Gastwirthsgewerbe unter einer ungünstigen allgemeinen Geschäftslage zu leiden haben. Wenn weniger verdient wird, wird auch weniger verzehrt.“

In dem Gange der Geschichte habe sich schon ein Aufschwung gezeigt, in großen Industriezweigen, wie der Eisenindustrie, zeigte sich größere Regsamkeit — die Ablehnung der Wehrvorlage hat diese Hoffnungen wieder zu nichte gemacht und einen empfindlichen Rückschlag gebracht, weil bei der dadurch geschaffenen Unsicherheit und unter dem Eindruck der Schwächung unseres Ansehens im Auslande das Vertrauen in eine friedliche Entwicklung fehlt und daher der Unternehmungsgeist erschläft.“

Weiter wird dann in beherzigenswerther Weise darauf hingewiesen, daß die Gastwirthe in ihrem eigenen Interesse keinem Freisinnigen die Stimme geben möchten, der gegen die Militärvorlage stimmt. — Ich habe dieses Eingekauft mit großem Interesse gelesen und selten den Ausführungen der „Reichspost.“ so zugestimmt, als in diesem Falle. Aber ich möchte meinen Kollegen noch weiteres zu bedenken geben. Nicht allein die Bewilligung der Militärvorlage liegt im Interesse unseres Gewerbes, fast noch mehr sind die Steuerfragen in Rücksicht zu nehmen. Hierfür, Branntweinsteuer, und wie die Steuern alle heißen, welche den Gastwirthstand mehr oder weniger belasten, hängen stets wie ein Damoklesschwert über unserem Haupte und bei der Wahl müssen wir daher auch darauf achten, daß wir einen Mann wählen, der Sicherheit bietet, daß er mit Energie solchen Belastungen des Gastwirthsstandes entgegentritt und seine Kollegen in Stettin können nicht zweifeln, daß, wenn von den hier aufgestellten Kandidaten sie ihre Stimme geben, dann unter letzteren befindet sich ein Mann, der bisher in eifrigster Weise für die Interessen des Gastwirthsstandes eingetreten, der unermüdlich gearbeitet hat, um unseren Stand von neuen Opfern zu verschonen und dem unser Aller Dank gebührt, auch er stimmt für die Militär-Vorlage. Dies ist unser bewährter bisheriger Vorkämpfer und Reichstags-Abgeordneter Max Brömel. Deshalb, Kollegen, bezeugt die Wahlmorte des Eingekauften der „Pommerschen Reichspost.“, bezeugt auch meine heutige Mahnung und wählt: Max Brömel.

Ein Gastwirth.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Der Kaiser hat das Abschlußgesetz des bisherigen General-Inspektors der Fuß-Artillerie, Generals der Artillerie Sallbach, laut folgender Kabinettsordre genehmigt:

„Ich entspreche Ihnen, Wir unter dem 7. Juni d. J. vorgelegten Gesuche um Verabschiedung, indem ich Sie hierdurch mit der gleichzeitigen Pension zur Disposition stelle. Gleichzeitig spreche ich Ihnen meinen königlichen Dank und meine warme Anerkennung für Ihre langjährigen, treuen und hervorragenden guten Dienste im Kriege wie im Frieden aus und wünsche Ihnen Zufriedenheit mit Ihren Leistungen in Ihrer bisherigen Stellung noch dadurch befördert. Ausdrücklich gebe ich Ihnen den bei anstehenden Kriegen Absterben erster Klasse mit Ehrenauslassung verliehen.“

Neues Palais, den 10. Juni 1893.

Wilhelm R.

General Sallbach hat sich von der ihm unterstellt gewesenen Truppe durch folgenden Befehl verabschiedet:

„Bei meinem Scheiden aus der Armee drängt es mich, allen meinen ehemaligen Kameraden und insbesondere meinen Kameraden von der Fuß-Artillerie, der ich seit 1873 angehört, ein herzliches Lebenswohl zu sagen und ihnen aufrichtig zu danken für die bereitwillige und wirksame Unterstützung, welche sie mir gewährt haben. In dem festen Vertrauen, daß die große Pflichttreue und der rasche Eifer in den mir unterstellt gewesenen Offizierkorps, wie bei allen Chargen und Mannschaften der Fuß-Artillerie niemals erkalten werden, wünsche und hoffe ich, daß dieselbe alle die Zufriedenheit des allerhöchsten Kriegsherrn erlangen werde. Mit herzlicher Theilnahme werde ich alle Fortschritte und Erfolge der Waffe begleiten, aus der ich mit dem innigen Herzen-

wunsch scheide: Gott erhalte, Gott schütze und segne Seine Majestät den Kaiser und König!

Berlin, den 10. Juni 1893.

Sallbach, General der Artillerie z. D.“

Es ist schon wiederholt, u. a. auch im Abgeordnetenhaus darauf hingewiesen worden, daß wir gegenüber Frankreich nicht nur in Betreff der Stärke der Armee, sondern auch in Betreff der militärischen Leistung des Vertheidigungswesens zurückgeblieben sind, so daß gegenwärtig die Verhältnisse für uns wesentlich ungünstiger liegen, als im Jahre 1870. Wenn wir die Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit lenken, geschieht dies nur aus dem Grunde, weil die Vervollständigung des französischen Eisenbahnnetzes für Kriegszwecke, welches ansehnlicher der Plan zu Grunde liegt, jedem Armeekorps eine besondere zweigleisige Eisenbahnlinie zu verschaffen, in neuerer Zeit ganz außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Nicht genug, daß Frankreich mehr zweigleisige Bahnen besitzt als wir, sind sogar ausgedehnte Strecken der Linien von Paris nach der Skizzen Aglesig hergestellt worden, so daß man wohl behaupten kann, daß die in Frankreich für Kriegszwecke vorhandenen Eisenbahnen nicht nur an der Grenze, sondern auch im Innern ein so dichtmaschiges Netz bilden, wie es vollkommener kaum gedacht werden kann.

Auch der Benutzung der Dampfschiffahrt für militärische Zwecke hat die französische Regierung ihr Interesse zugewendet, zu diesem Zweck die Leitung der Kanalschiffahrt, in gleicher Weise wie die Eisenbahnen, dem Generalstab der Armee unterstellt, und die Vergrößerung der Schleusen, sowie die Vertiefung der Kanäle bei fast allen Wasserstraßen von Paris nach der Grenze durchgeführt, so daß die dadurch bewirkte Vermehrung der Leistungsfähigkeit der Kanäle im Bedarfsfalle von außerordentlichem Vortheil für die Verpflegung großer Truppenmassen sein wird.

Wenn wir damit vergleichen, was bei uns seit dem französischen Kriege geschehen ist, so müssen wir allerdings bekennen, daß abgesehen von dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Grenzbezirken, in dem ersten Jahrzehnt nach dem französischen Kriege nur die für militärische Zwecke wichtigen Linien: Berlin-Sangerhausen und die Westbahn zur Ausführung gekommen sind, während seit der Verstaatlichung der Bahn von Westbahn fast ganz unterblieben ist, und die neu angelegten Bahnen ohne Rücksicht auf ihre spätere Bedeutung als Nebenbahnen angelegt worden sind. Nicht genug damit, daß auf diese Weise der vierte Theil unserer Eisenbahnen auch für militärische Zwecke einen minderwertigen Charakter erhalten hat, ist die Anlage der Nebenbahnen außerdem noch in einer Weise erfolgt, die ihre Umwandlung in Vollbahnen in hohem Grade erschwert, theilweise sogar ganz unmöglich macht.

Auch vom militärischen Standpunkte aus kann daher weder der bisherigen Praxis bei Ausführung der Nebenbahnen, noch weniger aber der in den letzten Jahren eingetretenen Einschränkung der Mittel für die Anlage neuer Bahnen das Wort geredet werden, und zwar um so weniger, als nach den Ergebnissen des letzten Betriebsjahres 1891-92 der wirkliche Ueberlauf nach Vermeidung der Eisenbahnkapazitätsfrage noch über 101 Millionen Mark beträgt, und der Ueberlauf der Vertriebsgewinne über die Betriebsausgaben bei den preussischen Staatsbahnen die hohe Quote unter allen deutschen Staatsbahnen ergibt. Mit Rücksicht hierauf und antworts auf die vor Kurzem bei Besprechung der wirtschaftlichen und finanziellen Seiten der Militärvorlage erfolgte die Äußerung des Herrn Finanzministers: „Sparjamkeit am unedlen Orte kann verderbliche Verwässerung werden“, dürfte die bei Annahme der Militärvorlage eintretende Vermehrung der Armee und der Schwierigkeiten des Transportes im Falle einer Mobilmachung zu einer dringenden Prüfung auffordern, ob unsere Eisenbahnen und Wasserstraßen diesen so bedeutenden vermehrten Anforderungen mit voller Sicherheit entsprechen? Daß diese Frage, wie anzunehmen ist, verneint werden, dann wird auch nicht geäußert werden dürfen, das Verfaulnis nachzuholen, einerseits dadurch, daß die alljährlich bewilligten Mittel für die Erweiterung des Eisenbahnnetzes wieder an die frühere Höhe gebracht werden und die Entwicklung des Kleinbahnwesens wenigstens in den wirtschaftlich schwächeren Gegenden durch Subventionen gefördert wird; andererseits dadurch, daß die im wirtschaftlichen und militärischen Interesse des Landes, sowie zur Entlastung der Eisenbahnen notwendigen Eisenbahnwasserstraßen, insbesondere des Rhein-Weiser-Elbkanals, mit Rücksicht auf die lange Dauer der Vorbereitungen nach dem Bau und der Bauzeit selbst so schnell als möglich in Angriff genommen werden. Da auf die Weise außer den militärischen Interessen und der Sicherheit des Landes auch gleichzeitig die wirtschaftlichen Interessen gefördert werden, so wird die Staatsregierung hierbei auf die Unterstützung des Landtages um so mehr rechnen dürfen, als durch die Aufrechterhaltung der Bauaktivität in dem früheren Umfang der Arbeitslosigkeit vorgebeugt, gleichzeitig aber auch die Staatsregierung bei den gegenwärtig so überaus niedrigen Preisen von Eisen, Stahl u. große Summen ersparten würde.

An die Mitglieder der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik ist ein neues Heft vertheilt worden, das die Ergebnisse der im Herbst vorigen Jahres veranstalteten Erhebungen über die Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Verhältnisse im Handelsgewerbe enthält. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt darüber mit:

„Dieses Heft, bestehend aus einem Bericht über die Ausführung der Erhebung, der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse und einem das Wesentliche daraus hervorhebenden Text, hat, ebenso wie das entsprechende frühere über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, den Zweck, der Kommission für Arbeiterstatistik als Grundlage weiterer Ermittlungen zu dienen, die hauptsächlich durch mündliche Vernehmung von Vertretern der Betheiligten (von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen und sonstigen Sachverständigen) vorzunehmen sein werden; wie ja solche Ermittlungen für das Bäckergewerbe bereits im Gange sind. Diese Statistik bildet also nur einen Theil der Untersuchungen, welche die Kommission für Arbeiterstatistik über den betreffenden Gewerbezweig anstellt, und auf Grund deren sie nach ihr Gutachten abzugeben hat, das als Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen dienen soll. Den statistischen Aufnahmen, die über die Bäckerei und über das Handelsgewerbe bearbeitet vorliegen und für die Millerei im Gange sind, ist der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich nur

auf einen Theil der Betriebe, nicht auf alle vorhandenen Betriebe erstrecken. Für die statistische Ermittlung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe sind 5347 Fragebogen, zur Hälfte von Arbeitgebern, zur Hälfte von Arbeitnehmern beantwortet, bearbeitet worden, für die statistische Ermittlung der Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Verhältnisse in offenen Ladengeschäften 8235 Fragebogen; für die entsprechende Statistik im Müllerergewerbe sind über 4000 Fragebogen ausgegeben. Da bei der Vertheilung der verschiedenen Landestheile, Größenklassen der Orte und Größenklassen der Geschäfte Berücksichtigung gefunden haben, auch durch die Vorschriften über die Vertheilung dafür gesorgt ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig und ohne Ansehen der Person zu Worte kommen, so erfüllt diese auf einen Theil der Betriebe beschränkte Aufnahme durchaus ihren Zweck: die in Deutschland in dem betreffenden Gewerbe üblichen Arbeitszeiten, Kündigungsfristen, Verhältnisse zu zeigen. Ausnahmen aller in Betracht kommenden Betriebe oder Individuen sind nur dann erforderlich, wenn es eben auf die Fälligkeit und darauf sich stützende Berechnungen ankommt, wenn es sich aber, wie hier, um die Feststellung von Gespinntheiten (die Ausdehnung der Arbeit u. dgl.) handelt, so wäre es eine geradezu unverantwortliche Verwässerung von Zeit, Kraft und Geld, sich nicht mit der Sammlung von einigen Tausend Beispielen zu begnügen. In dem der Kommission für Arbeiterstatistik jetzt vorgelegten Heft über das Handelsgewerbe sind, wie eben schon erwähnt, die Ergebnisse von 8235 Fragen bearbeitet. Von diesen sind 4157 von Prinzipalen, 4078 von Gehilfen beantwortet und sie stammen aus 374 verschiedenen Orten. Es handelt sich in erster Linie darum, die Geschäfts- und Arbeitszeit in den offenen Ladengeschäften mit Waaren des täglichen Bedarfs festzustellen, die ja besonders Anlaß zu einer lang ausgelegten Wartezeit und Anknüpfung ihrer Verkäufer und Verkäuferinnen haben; wie sich denn in der That ergeben hat, daß 45,5 Prozent solcher Geschäfte eine Ladenzzeit von mehr als 14 Stunden haben und nur 15 Prozent von 12 und weniger Stunden; unter den Kolonial- und Materialwaaren-Geschäften sogar 84 Prozent eine mehr als 14stündige Ladenzzeit. Außer der Ladenzzeit und der Arbeitszeit der männlichen und weiblichen Gehilfen und Lehrlinge werden aber in den zehn Tabellen noch verschiedene andere aus den Fragebogen entnommene Daten über die Verhältnisse der Gehilfen im Handelsgewerbe verarbeitet: über Lehrverträge, Besuch von Fachschulen, Kündigungsfristen, Gewährung von Kost und Wohnung beim Prinzipal. Der Inhalt dieses Heftes wird in der nächsten Sitzung der Reichstagskommission für die Arbeiterstatistik einer Prüfung unterzogen und zu weiteren Ermittlungen benutzt werden.“

Aus Postreisen wird bekannt, daß der Tod des Herzogs Max Emanuel in Bayern die kaiserliche Familie recht sehrlich berührt hat. Der Kaiser hatte für den verstorbenen Prinzen eine ganz besondere Zuneigung und gab dieser, so oft er mit dem Prinzen zusammenkam, lebhaften Ausdruck. Zum letzten Male war der verstorbene Herzog Max Emanuel um die Zeit der Eröffnung des jetzt aufgelösten Reichstags in Berlin. Der feierlichen Eröffnung desselben im Weißen Saale hat der verstorbene Herzog noch beigewohnt.

In Posen wurde gestern, wie das „Posener Tageblatt“ berichtet, auf Befehl des Kaisers der Unterricht in den Schulen ausgesetzt.

Des Kaisers Rückreise von Posen erfolgte gestern Abend 11 Uhr. Ueber die gelungene Ueberwindung der Posener Garnison soll der Kaiser sich sehr freuen und in diesem Sinne nach Berlin telegraphirt haben.

Generalstabsreisen finden im Laufe dieses Sommers mehr als einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die Generale der beiden Kavallerie-Inspektoren sind eine größere Kavallerie-Übungsreise von Generalen und Stabsoffizieren oder Kavallerie- und Kommandeuren reitender Abtheilungen der Feld-Artillerie vorgenommen worden.

In militärischen Kreisen wird auch der Festungs-Generalstabsreise eine ganz besondere Wichtigkeit beigegeben. Sie wird im Bereiche des 17. Armeekorps abgehalten, und es werden hierbei die neuesten Ergebnisse auf dem Gebiete des Festungswesens auf das eingehendste erörtert werden. — Hinsichtlich der diesjährigen Manöver ist zu bemerken, daß bei der Auswahl des Übungsgeländes sowohl als auch bei der Ausführung aller Übungen auf Verringerung der Schäden Bedacht genommen werden soll. In demjenigen Falle, in denen die Flurenzschädigungen als besonders hoch sich herausstellen, hat das Kriegsministerium dem Kaiser die Berichte der Divisionkommandeure darüber vorzulegen, welchen besonderen Umständen dies zuzuschreiben ist und welche Anordnungen zur Verringerung der Schäden getroffen waren. — Dem 16. Armeekorps wird während der Kaisermanöver ein russischer Detachement zugetheilt, und auch hier werden die neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiete erprobt, sowie Versuche vorgenommen werden.

Posen, 13. Juni. Der Oberpräsident Freiherr von Wilamowitz-Möllendorf macht im Auftrage des Kaisers bekannt, daß sowohl das festliche Ansehen, welches allen Stadttheilen in kurzer Zeit durch Bahnen und anderen Schmuck gegeben ist, als auch die patriotische Haltung der Bevölkerung, welche die Straßen füllte und ihrem Könige zubehete, dem landesväterlichen Hergen Sr. Majestät wohlgefallen habe. Der Kaiser habe ihn beauftragt, den Einwohnern hierfür seinen Dank auszusprechen.

Wilhelmshafen, 13. Juni. Die rumänische Regierung hat mit der Schiffswerft und Maschinenbauanstalt von R. Schichau in Elbing in diesen Tagen einen Vertrag über den Bau von 4 Kanonenbooten abgeschlossen, welche in der kurzen Bauzeit von 8 Monaten fertig gestellt werden sollen.

München, 13. Juni. Der Prinz-Regent hat eine vierwöchige Hoftrauer für den Herzog Max Emanuel angeordnet. Das Hoftheater bleibt einweilen geschlossen. In der Beileideseigenschaft des Kaisers werden die Verdienste des Verstorbenen um die Ausbildung der Kavallerie hervorgehoben.

München, 13. Juni. Das Verordnungsblatt des königlich bayerischen Kriegsministeriums

veröffentlicht, daß der Kommandeur der ersten Feldartillerie-Brigade, Generalleutnant von Mollath, mit der Führung der zweiten bayerischen Division betraut wurde und daß dem Oberleutnant Kalkstein von der vierten Armeespektation mittels Handschreibens des Prinz-Regenten der Militär-Verdienstorden erster Klasse verliehen wurde.

Belgien.

Brüssel, 11. Juni. Träge schleppt sich die Beratung der zweiten Kammer dahin über die Lebensfrage: Was soll aus der ersten Kammer werden? Wie bei der sechswoöchigen Beratung über den Artikel 47 fällt die ganze mühsame Vorarbeit der Anschläge und der Regierung in sich zusammen, und binnen wenigen Tagen befindet sich das Haus vor einem ganzen Haufen von Anträgen einzelner Abgeordneten, die sich für staatsmännische Genies halten. Einer dieser Anträge geht dahin, jeder der drei Wählerklassen, die der neue Artikel 47 geschaffen, also den „allgemeinen“, den Doppelwählern und den Dreistimmenmännern, ein Drittel des Senats anzuweisen. Ein anderer, viel umstrittener, weil dem König mit zugeschriebener Auftrag des Grafen Bisart de Bocarmé, eines früheren Offiziers, der auch in der belgischen Region in Mexiko gedient hat, bezweckt, die Senatoren in jedem Wahlkreise durch die in demselben gewählten Abgeordneten, Provinzialräthe, Gemeinderäthe und durch besondere, von den Gemeindevorstehern im Verhältnis zur Bevölkerung bezeichnete Wahlmänner ernennen zu lassen. Also wie in Frankreich, mit dem Unterschiede, daß hier die Wahlmänner unmittelbar durch das allgemeine Wahlrecht und nicht durch die Gemeinderäthe erwählt würden, ein zweifelhafte und nicht ein dreifelhafte Wahlrecht. Der Antrag findet wenig Anklang. Urtlicher Blätter behaupten, was noch erwiesen werden muß, aber nicht unmöglich erscheint, daß die Gemäßigtenliberalen, noch etwa 20, für das Zweistimmensystem der Regierung eintreten werden.

Unsere Gerichtswelt ist durch die Weigerung des britischen Auslieferungsgerichtshofes, den hiesigen Behörden den als den Dieb der Juwelen der Gräfin von Flandern verdächtigten Buchmacher James White zu übergeben, stützig gemacht worden. Belgien selbst, dessen Auslieferungsgezet andern europäischen Staaten zum Vorbild gedient hat, hält an der Regel fest, daß Belgien seine Staatsangehörigen gegen im Auslande begangener Verbrechen ausliefern kann; ein Hwang ist durch die einzelnen Verträge, auch Großbritannien gegenüber, förmlich ausgeschlossen. Deutschland liefert bekanntlich keine Reichsangehörigen aus.

Brüssel, 12. Juni. Bei der jetzigen Durchsicht der belgischen Verfassung sollen auch die parlamentarischen Diktionen erhöht werden. Der Kammerauschuß beantragt, den Mitgliedern der Deputiertenkammer, welches auch die Dauer der Tagung sein mag, eine Jahresentschädigung von 4000 Francs zuzubilligen. Diese Entschädigung wird zur Hälfte für diejenigen heruntergesetzt, die die Stadt, in der die Tagung abgehalten wird, und ihre Vorstände bewohnen. Hierzu haben fortgeschrittene Deputierte einen Verbesserungsvorschlag eingebracht. Die Jahresentschädigung wird auf 6000 Francs erhöht; auch wird den Deputierten freie Eisenbahnfahrt zwischen ihrem Wohnort und dem Orte der Tagung bewilligt. Für jede versäumte Sitzung werden von der Jahresentschädigung 30 Francs abgezogen, welche der Hilfskasse für die Invaliden der Arbeit zuzuführen. Obwohl die belgische Deputiertenkammer nur viermal in der Woche je dreistündige Sitzungen abhält, erscheinen die meisten Volksvertreter nur in denjenigen Sitzungen, in denen wichtige Abstimmungen vorgenommen werden.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die flammenden Zwischenfälle haben wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf M. de Lanessan gezogen und die Ansicht eines großen Theiles der Pariser Presse geht dahin, daß es nicht überflüssig sei, zu untersuchen, was sich eigentlich unter dem unerschütterlichen Optimismus des General-Gouverneurs von Indien sich verbirgt. Es sind gerade nicht die wenigsten Vorzeichen und angelegenen Wälder der französischen Hauptstadt, welche jetzt zum so und so vielen Male in endliche Wälder gegen M. de Lanessan verlangen, dessen Stellung schon so viele Male als erschüttert angesehen wurde, jedesmal aber fälschlicher Weise. In der That giebt es gegenüber der Persönlichkeit Lanessans auch bei objektiver Beurteilung Gründe genug zu berechtigten Klagen, und die Feinde des indischen General-Gouverneurs haben alle den Vortheil für sich, daß, wenn sie gegen ihn auftreten, sie jedesmal mit vollem Recht im Namen und Interesse des Vaterlandes zu sprechen beanspruchen. Die Beunruhigung für sich, an welcher er sich selbst begeistert, treibt M. de Lanessan an, hartnäckig an Alle, bei denen seine Hand im Spiele ist, nur die guten Seiten zu sehen und systematisch alles zu verbergen, was die französische Regierung zu zweifeln an seinem Genui veranlassen könnte. Dieses Zufriedensein mit sich selbst und diese Entschlossenheit nichts zu sehen und nichts zu hören, wenn die Ereignisse oder die von allen Seiten kommenden Protestationen seine Berechnungen der Verhältnisse zerstören, machen den indischen General-Gouverneur fast zu einem nahen Verwandten Bonapartes.

Man wirft M. de Lanessan vor, er habe sich um die Unternehmungen und Pläne der Siamesen noch nie große Sorgen gemacht, v. h. überhaupt noch nicht beunruhigt, solche „Zwischenfälle“, wie er selbst erstere kriegerische Ereignisse nennt, sind in seinen Augen nichts anderes als unvermeidliche Störungen des Lebens in der Kolonien; und wenn einige Deputierte oder Minister über diese flammende Ruhe dennoch etwas ängstlich zu werden scheinen, so bemißt Herr de Lanessan dieselben sofort auf telegraphischem Wege. Seine begabtesten Mitarbeiter waren ohne Ausnahme über den hartnäckigen Optimismus ihres Chefs ebenso wie über einen gewissen Mann an weitem klarem Blick und ein, an Despotismus erinnernde Autoritätsgefühl erkrankt. Es ist nicht schwer, Namen bekannt und gegenwärtig hochangesehener Männer in Frankreich zu nennen, welchen es die obengenannten Eigenschaften des indischen General-Gouverneurs unmöglich machen, längere Zeit als Untergetane mit ihm zusammen zu arbeiten, so der Admiral Jauriat, der General Kette, der oberste Resident in Annam, Hector, der Gouverneur-Intendant von Cochinchina, Daniel, und manche Andere.

Die Segner Lanessans sind besonders über einen Umstand erbittert, nämlich, daß dieser erst im Augenblick, als er nach bescheidenen rastlosen Arbeiten sich eine sichere und hohe Stellung erworben hatte, das unangenehme und geradezu verwerbliche Wesen seines Charakters offen und ungenirt herauslegt. Die Pariser Blätter erinnern oft an die bescheidenen Anfänge Lanessans, der als bühnenscheuender Arzt und Naturforscher froh war, wenn ihn seine Vorgesetzten anständige Honorare bewilligten und die illustrierten Wälder von Paris stellen Lanessan sehr oft, einige Blätter unter dem Arm, mit einem Verleger um das Honorar feilschend dar, und auf der anderen Seite auf dem Divan eines indischen Salons ruhig schlafend, während vor den Thoren des Palastes wilder Aufruhr tobt.

Paris, 13. Juni. In einer heute Nachmittag stattgefundenen, von 2000 Besuchern besuchten Versammlung wurde beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. Heute haben nur wenige Ausfaher die Arbeit eingestellt.

Paris, 13. Juni. Gestern Abend wurde in der Arbeiterbörse die Jahresfeier des Tages ihrer Gründung durch eine große Reunion gefeiert. Nahezu 400 Arbeitervereine waren vertreten und erklärten übereinstimmend, daß sie den gesetzlichen Vorschriften über die Sympatise keine Folge leisten würden. Sollte die Regierung bei der Forderung des Seine-Präfekten beharren, so sei sie für die unausbleiblichen Folgen solcher Aufreizung der Arbeiterklassen verantwortlich zu machen.

Marseille, 9. Juni. Der französische Postdampfer „Tahiti“ ist von Westafrika mit 81 Passagieren hier eingetroffen; die meisten sind Verwundete oder Kranke des Dahome-Expeditionskorps. Unter den Angekommenen befinden sich der Oberleutnant Sonard, welcher Generalstabchef des Generals Dode während des Feldzugs war, der See-Artillerie-Kapitän de Vigot, der Hauptmann Nigrot, der Spahis-Hauptmann Gatel-Perron, der zum großen Theile die Topographie von Dahome verzeichnet hat, und andere Offiziere. Aus den Mittheilungen dieser Offiziere geht hervor, daß die Lage in Dahome viel zu ungünstig sich zeigt. Weit entfernt davon, daß Behauptung unwirksam gemacht wäre, erhebt er sich im Gegenteil von neuem und holt die französischen Truppen unausgesezt in Athem, sodaß nahezu täglich mehr oder weniger ernste Schmachthaten zu verzeichnen sind. Natürlich erschöpften diese unausgesezten Pladerien die Mannschaften und es mußten schließlich fliegende Kolonnen von je 75 senegalischen Tirailleurs gebildet werden, denen 30 Europäer beigegeben sind, um die Nachschaffung der Militärposten zu sichern. Diese Truppen zogen am 5. Mai ins Feld und von da ab datieren die inzwischen gemeldeten Kämpfe. Wenn die für zehn Tage mitgenommenen Lebensmittel erschöpft sind, kehren jene Kolonnen zur Erneuerung der Lebensmittel zurück, nur scheint der Transport nach dem Innern eine sehr schwere Aufgabe zu sein, da oft nicht einmal die nöthige Trägerzahl aufzutreiben ist. Man wird übrigens auf diese Art zu einem Ende der Feindseligkeiten nicht kommen, wie einer der Offiziere erklärte. Behauptung will sich ebenfalls erheben, als sich eine Verbannung unterwerfen, und so lange der König seine Freiheit bezieht, wird keine Ruhe sein. Wenn er Unterhandlungen zu führen geneigt ist, so können diese nur auf Grundlage der Zurückerstattung mindestens eines Theiles seines Reiches geführt werden. Dies hieße aber das Ansehen Frankreichs vernichten; der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Sachlage würde der sein, eine neue Heereskolonne zu bilden und wie zuvor auf Abome, so jetzt auf Agony zu marschieren. Alle bisher erfolgten Unterwerfungen der verschiedenen Stämme müßten mit größtem Mißtrauen betrachtet werden und es sei, mit Ausnahme der Toffanis, welche alles Interesse haben, sich auf französischer Seite zu halten, die ganze Bevölkerung von Dahome ein unversöhnlicher Feind der Eroberer, und warte nur auf die erste Gelegenheit, um sich aufs neue zu erheben.

Anlässlich der derzeitigen Beratungen der Accise-Tagen unserer Stadt hat die Mehrheit unseres sozialdemokratischen Gemeinderathes das Ver als einen Vorschlag erklärt und die Abgabe von 14 für das Bier aufrecht erhalten. Wir bezahlen also nach wie vor das Bier mit 35c. Unter denartigen Verhältnissen ist das Biertrinken freilich Yngus.

Italien.

Rom, 12. Juni. Kammer. Der Unterstaatssekretär Ferrari beantwortete eine Anfrage Varislas, welcher die Anschauungen der Regierung über die jüngsten Erklärungen Kalnoh's zu erfahren wünschte. Ferrari führte aus, in den Erklärungen des Ministers des Auswärtigen Kalnoh seien zwei Punkte hervorzuheben, der eine, durch welchen die Tripelallianz als ein mächtiger, seinem Wesen nach jedoch friedlicher Bund bezeichnet würde, der gegen Niemand gerichtet sei, und der zweite Punkt, der sich als eine Folge des ersten darstelle und die Besserung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland betonte. Daß dieses die den Erklärungen Kalnoh's zu gebende Auslegung sei, beweiße die sorgfältige Art, womit Kalnoh am 6. Juni im Budgetauschuß der österreichischen Delegation seinen Gehörzungen präzisirt habe. Diese Interpretation enthalte nichts, was nicht in Uebereinstimmung mit der italienischen Politik wäre, welche gerade, weil sie auf die finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes gerichtet sei, jedes friedliche Anzeichen nur mit Befriedigung als eine Wohlthat begrüßen könne. Nach dem Urtheil der italienischen Regierung über die Erklärungen Kalnoh's bilden dieselben ein sehr friedliches Symptom in der gegenwärtigen politischen Lage Europas.

Rom, 13. Juni. Kriegsminister Pelloni vertheilte gestern in ausführlicher Rede den Zustand der Armee und erklärte, ein Reorganisation der Armeekorps wäre gleichbedeutend mit dem militärischen und politischen Verfall Italiens; die Armee habe sich niemals in besseren Verhältnissen als gegenwärtig befunden. Wenn auch die Neubewaffnung noch nicht durchgeführt wäre, so dürfte Italien bei plötzlichem Ausbruch des Krieges doch vollständig berechtigt sein, da das Vetterli-Genet eines der besten Gewehre der Welt sei. Alles befunde sich in vortheilhaftem Zustand.

Rom, 13. Juni. Bei Beginn der heutigen Kammerung war ein gewisser Giuseppe Gibo aus Saboten, ein einflussreicher Beamter des Kriegsministeriums, ein Paket Schriftstücke von der Gallerie herab, wobei er rief: „Liebt Gerechtigkeit,“

nehmen, sobald der gegenwärtige Brief veröffentlicht
ein wird.